

Wir sind uns einig, dass die Menschen beim Umweltschutz insgesamt und beim Baumschutz im Speziellen von der Verwaltung mehr an externer Kommunikation erwarten als die heute liefert. Die Menschen erwarten aber auch mehr Ergebnisse. Das Jahr 2020 zeigt, welche Chancen die Digitalisierung nicht nur für Kommunikation sondern auch für neue Arbeitszeitmodelle bieten kann, die hier Chancen eröffnen.

Wir sind uns einig, dass es in der Bevölkerung Menschen mit sehr viel Know-How gibt, die zu Lösungen beitragen können, auf die die Verwaltung nicht kommt und auf die auch Investoren nicht kommen. Eine frühzeitige Beteiligung im Sinne des „Design Thinking“ ist wichtig und wir halten viel von der Richtlinie VDI7000 des Verbandes Deutscher Ingenieure bezüglich frühzeitiger Beteiligung. Manchmal reicht ein laminiertes Zettel der erklärt, was der Förster in den Seealpen für seinen Lärchenwald für richtig hält, manchmal braucht man ein Bürgerbüro wie das der Steb in Worringen. Wenn sich aber Prozesse endlos ziehen, gießen wir Wasser auf die Mühlen derer, die autoritärere Modelle anstreben und China für vorbildlich halten. Wir können nicht über jeden Baum ringen wie um den am Bahnhof Belvedere.

Wir sind uns einig, dass es eine Trennung von operativen Funktionen und kontrollierenden Abteilungen im Bereich Umwelt und Grün geben sollte und dass kontrollierende Funktionen in operativen Ämtern keine gute Lösung sind. Aus unserer Sicht bedeutet das nicht, dass die operativen Funktionen des Grünflächenamtes in einem Umweltdezernat landen müssen, das könnte auch eine AöR sein. Da scheinen wir unterschiedlicher Meinung zu sein.

Die Baumschutzsatzung hat einen Allmende-Anspruch. Sobald ein Baum eine bestimmte Größe erreicht wird er - außer bei der Ernte - zum Allgemeingut. Bei der Erweiterung der Baumschutzsatzung würden wir nicht so weit gehen wie Sie. Nicht-kommerziell genutzte Obstbäume kann man noch einbeziehen. Dann endet auch unsere Bereitschaft zur Veränderung. Prägende Bäume gehören in die Naturdenkmalverordnung.

Wir sind uns einig darin, dass Bundesbehörden gute Mitbürger sein sollten. Die FDP hat das in ihrem Wahlprogramm für den Bereich der öffentlichen Sauberkeit thematisiert. Wir haben auch das Thema Landstrom am Mülheimer Bundeshafen in einen im Umweltausschuss angenommenen Antrag eingebracht. Das gilt ebenso für die Grünpflege.

Wir sind uns einig, dass flächensparend gebaut werden muss und dass Bauherren, die Wohnraum z.B. durch Optimierung der Statik und Aufstockung schaffen wollen, der Weg frei gemacht werden sollte (Stellplatzschlüssel, Aufzugspflicht usw.).

Wir sehen aber mit großer Sorge, dass in jedem Einzelfall wünschenswerte Ziele wie Sozialwohnungen, Klimaschutz und Baumschutz, dann als Gesamtpaket dazu führen, dass in Köln nicht gebaut wird. Zum Bremsen reicht allein die Zahl der Gutachten, die nicht nur geschrieben sondern auch gelesen werden müssen. Wenn Teil eines B-Planes oder dann der Baugenehmigung wird, dass man Gutachten vorlegt, warum Bäume nicht erhalten, Dächer und Fassaden nicht begrünt, keine Photovoltaik eingebaut und keine Miete von 6 €/m² eingehalten wird, und wenn die Gutachten von ihrer Qualität her dann der Kritik der sehr gut ausgebildeten Kritiker standhalten müssen, dann sind wir an einem Punkt, wo man die Schaffung von Raum für Wohnen, Schulen, Sport... an sich teuer rechtfertigen muss. Ich weiß, es Menschen in Köln gibt, die, anders als die FDP, diese Rechtfertigung erwarten und auch nicht akzeptieren, dass bei begrenztem Angebot die Mietpreise signalisieren, was die Menschen sich wünschen. Die Konsequenz ist klar: im Regionalrat redet man ganz offen davon, dass Kall ein Vorort wird wie Kalk. In Kall wird nicht flächensparend gebaut. Es werden auch nicht alle, wie die Planer träumen, mit dem Regionalexpress nach Köln kommen. Wohnungsbau, Verkehrspolitik mit ihrer Wirkung auf CO₂ und NO₂, Baum- und Naturschutz werden von einigen Menschen nicht vernetzt gedacht. Von daher müssen wir einen pragmatischen Weg finden, der nicht Megabyte von Rechtfertigungsgutachten verlangt

sondern ein pragmatischen Weg der Einladung von Nachbarn durch Investoren und 1:>1-Ausgleich von Verlusten.

Wir von der FDP haben einen Teil unseres Leitbildes unter das Thema „die Stadt, die rechnen kann“ gestellt. Dabei geht es nicht nur um nachhaltige Finanzierung sondern auch um das klassische Plan-Do-Check-Act Prinzip des Qualitätsmanagements: „was du nicht misst, kannst du nicht optimieren“ (P. Drucker). Das Kataster öffentlicher Bäume ist in dem Sinne eine inakzeptabel langwierige Entwicklung. Wenn man den Wert eines Baumes nur mit der Untergrenze der 1200 € einer Neupflanzung im Innenbereich annimmt, dann beträgt der Wert der städtischen Bäume im Innenbereich ca. 100 Mio. €. Auch bei Bäumen muss es Buchhaltung geben, gilt unser Wahlspruch „wer Köln liebt, der macht es besser“.

Wir sind uns einig, dass Gesetze schädlich für das Rechtsbewusstsein sind sind, die ignoriert werden, weil die Wahrscheinlichkeit, erwischt zu werden, zu gering ist. Deshalb wollen wir auch erst einmal nicht noch mehr Bäume in die Baumschutzsatzung hineinbringen. Wenn es eine Baumschutzsatzung und eine Naturdenkmalverordnung gibt, dann sollten sie auch kontrolliert werden. Wir glauben dass die Voraussetzung nicht einfach mehr Personal ist. Satellitenbilder sind heute so gut, dass sich der Baumbestand im Innenbereich digital automatisiert auswerten lassen muss. Es müsste also möglich sein, das Verschwinden von Bäumen zu erfassen und den Vorgängen nachzugehen, bei denen berechnete Sorge besteht. Im Forst ist das anders, um den geht es uns hier nicht. Ich vermute, dass wir hier eine öffentlich-private Partnerschaft in dem Sinne brauchen als die Bildauswertung privat und das Nachfassen hoheitlich organisiert sein sollte.

Wir orientieren uns beim Baumschutz an den 17 Nachhaltigkeitszielen SDG der UNO. Ziel 15 ist der Schutz des Lebens an Land. Indirekt tragen die Bäume mindestens zur Kompensation von Gesundheitsfolgen (SDG 3) unserer Infrastruktur (SDG 9) und zum Klimaschutz (SDG13) bei. Das rechtfertigt Regelungen. Gleichzeitig muss sich eine Stadt heute schneller entwickeln als im Takt der Lebensdauer von Bäumen (SDG 8,9, im Fall von Wohnungsmangel auch SDG1). Insofern halten wir das Ziel SDG 17, Partnerschaft zur Erreichung der Ziele, für das Wichtigste.